

Zickzackkurs bei Antriebstechnik

Lockert den BVB die Zügel!

Von Martin Regensass



Diesel, Biogas, Strom, Wasserstoff. Welcher Treibstoff die über 100 Busse der Basler Verkehrsbetriebe (BVB) antreiben soll, darüber wird seit Jahren debattiert.

Fest steht aus gesetzlicher Sicht jedoch, dass die Busse die Passagiere ab 2027 zu 100 Prozent mit erneuerbaren Energien voranbringen müssen. Das bedeutet, dass Busse mit Dieselmotoren sowie Erdgas-betriebene Fahrzeuge für die nächste Ersatzbeschaffung von 2020/21 von rund 50 Fahrzeugen nicht mehr infrage kommen. Dieser politische Entscheidung schränkt die BVB bei ihrer Wahl des Antriebsmittels stark ein. Möglich sind noch Fahrzeuge, die mit Wasserstoff oder Strom aus Akkumulatoren angetrieben werden. Beide Antriebsarten gelten als erneuerbar, insofern Wasser mit sauberem Strom in Sauerstoff und den Treibstoff Wasserstoff zerlegt oder die Akkus von Elektrobussen mit Strom aus Wasserkraft, Solar- oder Windenergie aufgeladen werden. Die Industriellen Werke Basel (IWB) produzieren solchen Strom und die BVB kaufen ihn beim Energieversorger ein.

Letzten Mittwoch präsentierten die BVB denn auch einen Elektrobuss des niederländischen Herstellers VDL, der für die nächste Busbeschaffung infrage

kommen könnte. In den kommenden Jahren wollen die BVB auf Einsatzlinien zu Stosszeiten testen, ob das Fahrzeug etwas taugt.

Elektrobusse sind noch Testfeld

Mit diesem Pilotprojekt zeigen sich das Komitee Pro Trolleybus, das sich neu in Komitee Pro Elektrobuss umbenannt hat, sowie die Interessengemeinschaft Öffentlicher Verkehr in Medienmitteilungen nicht zufrieden. Beiden Organisationen geht die Umstellung auf erneuerbare Antriebsarten zu langsam voran. Pro Elektrobuss nennt als Vorbild die Stadt Bern, welche bereits «ganze Linien» mit Elektrobussen betreiben würde. Das ist nachweislich falsch. Eine Teststrecke wird in Bern frühestens ab Herbst 2018 in Betrieb genommen, wie bei Bernmobil zu erfahren ist. Weiter moniert Pro Elektrobuss, dass die BVB gar keinen Testversuch absolvieren müssten. Jörg

Die Kölner Verkehrs-Betriebe sprechen von einer Reichweite von 35 bis 60 Kilometern.

Vitelli, SP-Grossrat und Mitglied von Pro Elektrobuss, widerspricht Erfahrungen der Kölner Verkehrs-Betriebe, wonach es sich bei der Umstellung auf Elektrobusse noch immer um ein «Testfeld» handle, das eine enge Zusammenarbeit zwischen Bushersteller und Ver-

kehrsbetrieb erfordere und Mehraufwand mit sich bringe. Vitelli: «Dass die BVB sich in die neue Technologie einarbeiten müssten, ist weit hergeholt und gibt von den Vorgesetzten ein schlechtes Zeugnis für die motivierten Mitarbeiter ab.» Die E-Bus-Technologie sei nicht neu, der einzige Unterschied zum Tram sei, dass der Strom aus einer Batterie komme und E-Busse Gummiräder hätten. Vitelli: «Auch die von den BVB gepflegten Trolleybusse bis 2007 sind E-Busse, aber eben mit einem Stromabnehmer.»

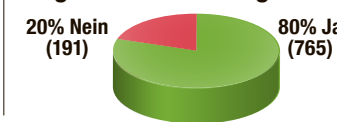
Dass die Trolleybusse ab 2007 nicht mehr zwischen Claraplatz und Friedhof Hörnli verkehrten und das Netz im Wert von mehreren Millionen Franken abgebaut wurde, war den Kosten geschuldet. So jedenfalls das damalige Argumentarium der BVB und der Basler Regierung. Es würde nicht drin liegen, neben Diesel- und Gasbussen eine dritte Antriebsart «wirtschaftlich» zu betreiben. Die Abschaffungsbefürworter haben die Bevölkerung dieser bereits erneuerbaren Buslinie bei der Volksabstimmung auch mit dem Argument geködert, dass die Trolleybusse durch Gasbusse ersetzt werden, die zu 50 Prozent von Biogas angetrieben würden. Gas also, das beispielsweise in einer Biogasanlage wie jener in Pratteln aus Küchen- und Grünabfällen hergestellt wird. In der Realität konnte so viel Biogas in der Region gar nicht produziert werden. Das verwundert nicht. Sind doch in Basel die Bebbisäcke mit rund 40 Prozent Küchenabfällen

Frage des Tages

Hätten die Beiständinnen des Vereins Kuma härter durchgreifen müssen?

Die Juristinnen sollen dem Heim Steine in den Weg gelegt und die UMAs trotz Fehlverhaltens verteidigt haben. www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:
Muss Bretzwiler Gemeinderat Mitglied H. D. Einhalt gebieten?



gefüllt. Anstatt das Material einzusammeln wie in anderen Gemeinden und zu Biogas zu verarbeiten, enden diese feuchten Rohstoffe in der Vorzeige-Ökostadt Basel in der Kehrichtverbrennungsanlage. Beim Amt für Umwelt und Energie werden darob beide Augen zugedrückt. Studien würden belegen, dass das Verbrennen ökologisch und ökonomisch sinnvoller sei.

Ladestation so gross wie Garage

Dass sich die 112 Diesel- und Gasbusse der BVB nicht einfach rasch durch Elektrobusse ersetzen lassen, wie von den rot-grünen Ideologen in Parlament, Regierung und von Pro Elektrobuss gewünscht, hat verschiedene

Es ist unrealistisch, dass bis 2027 sämtliche Busse mit erneuerbaren Energien fahren.

Gründe. So sind Schnellladestationen, wie sie wegen der geringen Reichweite von Elektrobussen – die Kölner sprechen von 35 bis 60 Kilometer mit einer Ladung – zwingend an verschiedenen Haltestellen aufgestellt werden müssen, so gross wie eine einzelne Fertigungsgarage für ein Auto. Zudem gehen von den Ladestationen Lärmemissionen wegen Surrens aufgrund des starken Stromflusses aus. Schnellladestationen sind also eine Platzfrage und könnten auch Widerstand und Ein-

sprachen aus der Bevölkerung mit sich ziehen. Zudem sind die Anschaffungskosten für die Elektrobusse aktuell hoch. Am Schluss werden den Traum vom sauberen Fahren die Steuerzahler und die Fahrgäste mit steigenden Billettpreisen berappen müssen.

Vor diesem Hintergrund tun die BVB schon das Richtige, sich mit dem Anschaffen von Elektrobussen Zeit zu lassen und genau zu beobachten, wie sich der Markt entwickelt, auch wenn es den Diesel- und Gasmotorgegnern zu wenig rasch vorwärtsgeht. Denn noch steckt die E-Bus-Technologie in den Kinderschuhen. Den Schaden, wenn die Technik nicht zu 100 Prozent funktioniert, hat am Schluss der Verkehrsbetrieb mit verärgerten Kunden.

Die Basler Regierung als Eigner der Verkehrsbetriebe und das Parlament müssen den BVB mehr Zeit lassen für die Umrüstung. Denn dass bis 2027 die ganze Busflotte auf erneuerbaren Energien unterwegs ist, ist unrealistisch. Daher sollte Regierungsrat und Grosser Rat Druck vom Unternehmen wegnehmen und die gesetzlichen Zügel etwas lockern. Schliesslich ist die Postkutsche über den Gotthard, gezogen von Pferden, auch nicht verboten worden, als das Automobil aufkam. Die Stadtbanner machen das besser. Dort gibt es keinen Zwang, bis wann die Umrüstung auf erneuerbare Antriebsarten erfolgen muss. Dennoch betreibt Bernmobil bald eine Linie mit Elektrobussen – als Pilotprojekt.

martin.regensass@baz.ch

Gekommen, um zu profitieren: Wie die Beiständinnen versagten

Scharfe Kritik am Asylbetreuungsverein Kuma – er habe die Verfehlungen von drei renitenten minderjährigen Flüchtlingen heruntergespielt

Von Christian Keller

Liestal. Drei sogenannte Unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA) aus Eritrea und Somalia, die 2017 in einem Baselbieter Jugendheim jegliche Integration verweigerten, sich in der Schule nicht anstrengten und bei Schnupperwochen schlafend auf dem Autorücksitz vorgefunden wurden: Über das querulante Verhalten der Eritreer Edan und Fanuel sowie des Somaliers Ahmed (alle Namen geändert) berichtete die BaZ letzte Woche.

Eine Fachperson, die den aufsehenerregenden Fall ebenfalls kennt, weist nun auf weitere Umstände hin, die bislang nicht zur Sprache gebracht worden seien. «Es wurde nichts über die Unfähigkeit und Blauäugigkeit der beiden Beiständinnen des Vereins Kuma berichtet, die für das Trio verantwortlich waren. Sie haben dem Heim ständig Steine in den Weg gelegt, weil sie sich bei allen Vorkommnissen immer reflexartig auf die Seite der UMAs stellten.» Dadurch sei es schwierig gewesen, Hausordnung und Disziplin durchzusetzen – was Edan, Fanuel und Ahmed geschickt ausgenutzt hätten.

Schönrederei statt Klartext

Ihren Namen kann die Fachperson nicht nennen: Es würde sie umgehend den Job kosten. Ihre Ausführungen erscheinen allerdings glaubwürdig. Zudem wird die Kritik am Verein Kuma von anderen Quellen geteilt. Dass es zwischen dem Betreuersteam des Jugendheims sowie den Beiständinnen zu Konflikten gekommen ist, lässt sich ferner auch den Akten entnehmen, die der BaZ vorliegen.

Ein Beispiel hierfür ist das Standortgespräch vom 8. Juli 2017. Es fand in Birsfelden statt, wo der Verein Kuma sein Büro hat. Das «Kompetenzzentrum unbegleitete minderjährige Asylsuchende» (Kuma) wurde im November 2015 von den Juristinnen Eva Malikova und Tessa von Salis gegründet. Der Kanton Baselland ging mit Kuma eine Kooperation ein: Alle Flüchtlinge, die dem extra geschaffenen Erstaufnahmезentrum für UMAs in Arlesheim zugewiesen wurden, erhielten automatisch



Kein Gehör für Kritik. Selbst bei sexistischen Äusserungen der Flüchtlinge sollen die Kuma-Beiständinnen sie verteidigt haben. Quelle www.verreinkuma.ch

Malikova oder von Salis als Beistand zur Seite gestellt. Dazu gehörten auch Edan, Fanuel und Ahmed.

An besagtem Standortgespräch im Juli 2017 nahmen nebst den beiden Kuma-Vertreterinnen Angestellte des Jugendheims, die UMAs Edan und Fanuel sowie ein Dolmetscher teil. Der Grund für die Krisensitzung waren mehrere Vorfälle und die Unzufriedenheit der Eritreer mit ihrer Betreuung.

Den Jugendlichen wurde zuerst das Wort gegeben. Sie beklagten sich unter anderem, wegen Sprachproblemen häufig «den Kürzeren» zu ziehen, im Heim keine Beschäftigung zu haben und einem Heimleiter und einem weiteren Mitarbeiter ausgesetzt zu sein, die «furchtbar» seien. Ausserdem würden sie in den Ferien am Morgen geweckt. Sie forderten eine WLAN-Verbindung, «damit sie immer Zugriff zum Internet haben».

Die Sitzungsteilnehmer des Jugendheims waren nicht einverstanden: Edan und Fanuel würden oft Ärger «provozieren». Die Wohngruppe biete ein «Übungsfeld», um die Bewohner fit für einen Beruf zu machen, was Grundlegendes wie Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit erfordere. Der Zugang zum Internet sei nur zu festgelegten Zeiten gestattet. «Sie müssen lernen, dass es nicht immer nach dem Lust-und-Laune-Prinzip zu- und hergehen kann. (...) Wir begleiten diesen Prozess und achten darauf, dass die Abmachungen und

Regeln eingehalten werden, je nachdem auch energisch.»

Gemäss dem Protokoll erkannten die Beistände bei Edan und Fanuel «widersprüchliche Wünsche». Zum einen würden sie mehr Betreuung begrüssen, zum anderen mehr Autonomie. Malikova und von Salis äusserten aber auch Verständnis für die UMAs. Die Situation sei für alle Flüchtlinge schwierig. «Nach einem Jahr realisieren sie, was es bedeutet, fern von ihrer Familie in einer neuen Kultur Fuss zu fassen. Der Integrationsprozess kommt ins Stocken. So wollen viele UMAs die Wohnung wechseln, in der Hoffnung, den anstehenden Konflikten und Problemen ausweichen zu können.»

Diese Aussagen seien typisch, sagt die Fachperson, welche sich bei der BaZ gemeldet hat. «Die jungen Migranten erhielten pro Monat 160 Franken Taschengeld. Wenn sie ihr Ämtli nicht ausführten oder die Schule schwänzten, wurden 20 Franken abgezogen.» Gegen diese Sanktion hätten die Beiständinnen protestiert. «Sie warfen dem Jugendheim vor, die Flüchtlinge zu bestehlen. Es müssten andere pädagogische Massnahmen ergriffen werden.»

Im Protokoll ist dieser Punkt vermerkt. Sie wolle «über Geldsanktionen auf bilateralem Weg» sprechen, hielt Malikova fest. Für das Jugendheim war der Austausch unbefriedigend, wie sich im Nachtrag zeigt, den der Heimleiter

am Ende des Dokuments verärgert anfügte: «Die Hausregeln und die Sanktionen im Wohnheim sind nicht diskutierbar. Die UMAs müssen sich uns anpassen und nicht umgekehrt.»

Die Fachperson zählt gegenüber der BaZ weitere Episoden auf, für welche sich die Kuma-Verantwortlichen nicht interessiert hätten. «Die UMAs hielten sich nicht an das Ausgangsverbot und kamen oft nach zwei Uhr in der Früh zurück. Am nächsten Morgen mochten sie dann nicht zur Schule. Wenn Betreuerinnen Anweisungen gaben, machten sie sich über sie lustig, bewarfen sie mit benutzten Nastüchern oder riefen ihnen sexistische Bemerkungen wie «Ficki-Ficki» zu.»

Häufig schlecht erreichbar

Habe man die Beiständinnen nach derlei Ereignissen telefonisch informieren wollen, seien diese oft schlecht erreichbar gewesen. «Und wenn, dann wiesen sie bloss darauf hin, dass man für Flüchtlinge eben Verständnis aufbringen müsse. Die Problematik erkannten sie nicht.» Die gleiche Reaktion habe es seitens Kuma gegeben, als Edan bei einem Praktikum einfach davongelaufen sei: Er sei halt minderjährig und nicht ans Arbeiten gewöhnt.

Der Verein Kuma wollte sich auf Anfrage zu den Vorwürfen nicht äussern. Ein Gespräch wurde von Kuma-Präsidentin Ursula Vetter-Dettwiler «aus Datenschutzgründen» abgelehnt.

Laut dem Baselbieter Sozialamt wird der Verein Kuma pro Beistandschaft mit einer Pauschale von 1520 Franken entschädigt. Für seine Leistungen habe Kuma bislang 29 217 Franken erhalten. Die Kooperation mit dem Kanton läuft am 1. Februar 2018 aus. Sie werde nicht verlängert, weil das Erstaufnahmезentrum in Arlesheim inzwischen geschlossen wurde.

Die Fachperson sagt, sie wolle der Öffentlichkeit aufzeigen, wie unprofessionell im Asylwesen gearbeitet werde. Es handle sich um ein «Business», bei dem Integrationsverweigerer bewusst geschont würden, damit niemand ein Problem bekomme. Statt die Missstände zu benennen, würde im Stillen an die nächste Institution überwiesen.

Es herrsche der Irrglauben vor, die Migranten könnten mit anti-autoritären Konzepten integriert werden. «Die Meinung, UMAs bräuchten eine Spezialbehandlung, ist falsch. Erfolg stellt sich nur ein, wenn die Disziplin durchgesetzt wird. Gerade das wurde verunmöglicht, weil die Beiständinnen die Anordnungen des Jugendheims nicht mittrugen», sagt die Fachperson.

Im Schlussbericht von Fanuel, der im Sommer 2017 das Heim nach wenigen Monaten Aufenthalt wieder verliess, kommen die unterschiedlichen Auffassungen deutlich zum Ausdruck. Fanuel habe versucht, das Helfernetz «auszuspielen, indem er sich über verschiedene Zustände beklagte». Dann ist zu lesen: «Die Vorstellungen bezüglich den sozialpädagogischen Massnahmen und den nötigen Interventionen klappten zwischen der Beistandschaft und dem sozialpädagogischen Team so weit auseinander, dass die Beiständin den Aufenthalt von Fanuel auf 28. Juli 2017 kündete.»

ANZEIGE

academia
language school

Ausländer rein!

In unsere Deutschkurse mit Erfolgsgarantie.

academia-basel.ch